

Von:  
Abt. Schulberatung  
und Information

2041  
29.6.90  
An:  
V. Abend, geschäftsführender STM  
K.-H. Höhn, geschäftsführender amt. STM

Information zum Streik von Pädagogen der DDR am 10. Mai 1990

Dieser Information liegen Aussagen aus 14 Bezirken zugrunde.

- Dem Aufruf der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung zum Warnstreik wurde in den Bezirken recht unterschiedlich gefolgt.

In den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt, Leipzig kam es an wenigen Einrichtungen zu Streikmaßnahmen. Z. B.:

- Dresden-Stadt - 3 Oberschulen;
- Karl-Marx-Stadt - 14 Kreise keine Streiks, sonst einzelne Einrichtungen;
- Leipzig - 3 Kreise kein Streik, Leipzig-Land an 7 von 39 Schulen und an 3 von 100 Kindergärten.

In den Bezirken Cottbus, Halle und Potsdam konzentrierte sich das Geschehen auf einige Städte und Kreise. Z. B.:

- Cottbus - alle Kindergärten und Schulen der Stadt streikte und in Weißwasser ca. 50 % der Einrichtungen - sonst in keinem Kreis;
- Potsdam-Stadt, Rathenow und Oranienburg ca. 50 % der Schulen und Kindergärten, in den Landgemeinden kaum Reaktionen.

Zu relativ breiten Streikbewegungen kam es in den Bezirken Berlin, Schwerin, Rostock, Suhl Frankfurt/O., Neubrandenburg und Erfurt.

Typisch ist, daß in ländlichen Bereichen nur an einzelnen Einrichtungen Aktionen stattfanden und in einigen Kreisen und Stadtbezirken z. B. Berlin-Mitte bzw. 5 Kreise im Bezirk Erfurt und 1 Kreis im Bezirk Suhl die Pädagogen dem Aufruf nicht folgten.

Als wesentliche Ursachen für dieses Erscheinungsbild wurden u. a. genannt:

- daß die Schulräte und eine Vielzahl von Direktoren und Leiterinnen gegen den Warnstreik ausgesprochen haben, weil man keine Forderungen auf Kosten der Schüler durchsetzen will und weils es unzeitgemäß sei und negative Auswirkungen auf das Ansehen der Pädagogen hätte;
- daß der Brief des Ministers und seine Fernsehansprache überzeugende Argumente geliefert hätten und

- der "Allgemeine Verband der Pädagogen der DDR" (bis auf Schwerin), der "Sächsische Lehrerverband" und der "Thüringer Lehrerverband" sich öffentlich und begründet gegen einen Streik ausgesprochen haben.

Andererseits fanden in bestimmten Territorien (z. B. Neubrandenburg, Suhl) Aktionen statt, weil auf Anfragen, Hinweisen, geäußerten Bedenken von Kollektiven keine Reaktionen durch das Ministerium für Bildung und Wissenschaft bzw. dem Zentralvorstand Unterricht und Erziehung erfolgten.

In den Bezirken Rostock, Schwerin, Berlin, Cottbus und Frankfurt/O. stieß der Streik auf heftige Kritik in der Öffentlichkeit.

In Schwerin z. B. verteilten Eltern während der Demonstration der Pädagogen Handzettel mit Inhalten wie:

Wir haben auch nicht gestreikt, als der Wahrunterricht eingeführt wurde bzw. unsere Kinder das Abitur nicht ablegen konnten - wir wollen, daß unsere Kinder lernen können!

Rostocker Eltern äußerten ihren Unmut über verspätete Öffnungszeiten und überspitzte Lohnforderungen.

- Kritisch äußerten sich Pädagogen über Schuldzuweisung durch den Minister an die Pädagogen für Entwicklungen der letzten 40 Jahre. Z.B.:

Halle - Pädagogen wollen die Wende nicht zurückdrängen, sondern mitreden und mitentscheiden.

Suhl - Hat der Herr Minister nicht auch das System mitgetragen?

Frankfurt/O. - Es wurden schon einmal Gewerkschaften ausgegrenzt. Noch einmal nicht!

- Die Zeitdauer der Streikaktionen reichte von 4 Stunden in Berlin-Hohenschönhausen über 1 Stunde in der Mehrzahl der Kollektive bis zu 15 Minutengesprächen unter den Lehrern bzw. *mit* den Schülern
- An viele örtliche Organe wurden Unterschriftensammlungen und Petitionen übergeben mit der Bitte um Weitergabe an den Minister.
- Bis auf die Bezirke Frankfurt/O. und Magdeburg gab es keine Hinweise auf eine mögliche Bereitschaft von Gewerkschaftsmitgliedern zum Generalstreik am 12. 6. 1990.

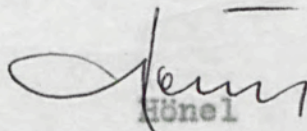
Forderungen von Pädagogen (Rangfolge):

- 1) Soziale Sicherheit und Kündigungsschutz für Pädagogen.
- 2) Anerkennung der Abschlüsse.
- 3) Tarifliche Maßnahmen - Anpassung der Gehälter. Die Forderungen reichten
  - von - Gehaltserhöhung bis zu 100 % oder bis zu 70 % der Vergütung von Pädagogen in der BRD.
  - Ultimative Forderungen in Berlin mit Streikandrohung.
  - über - Subventionsausgleich oder Gehaltserhöhung bzw. Einordnung in die generelle Preis- und Lohnentwicklung.
  - bis - Gehaltsforderungen seien z. Zeit nicht gerechtfertigt. (Überspitzte Forderungen von Unterricht und Erziehung)
- 4) Öffentliche Entscheidung über die künftige ministerielle Zuordnung der Kindergärten. Grundtenor ist, Verbleib im Ministerium für Bildung und Wissenschaft.
- 5) Schaffung einer exakten Arbeitsordnung für Pädagogen und genaue Regelungen für Horte, stellvertretenden Direktor für außerunterrichtliche Tätigkeit, den Freizeitbereich und Kindergärten.
- 6) Die neue Stundentafel muß geltendes Recht für die gesamte DDR sein und darf nicht den künftigen Ländern überlassen bleiben.
- 7) Unverzüglich klare Aussagen für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des Schuljahres 1990/91.
- 8) Keine Limitierung des Umtauschsatzes für Heimkinder, Sie sind schon genug benachteiligt.

Die Betreuung der Kinder während des Warnstreiks war insgesamt gesichert.

Während der Streikaktionen kam es zu keinen Ausschreitungen.

1 Expl. z. Übergabe  
an Minister am Abend  
gegeben.  
A

  
Hönel